

SPD demokratischer pressediens

2/XXVII/177

14. September 1972

Entwicklungshilfe taugt nicht zu Repressalien

Eine notwendige Aussage zu aktuellen Vergleichen

Von Dr. Erhard Eppler MdB / Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 1a / 57 Zeilen

Willy Brandt kämpft für Europa

Die Bedeutung der EWG-Kundgebung in Oslo

Seite 2 / 39 Zeilen

Wegbereiung zum Wohnvermögen

Sozialfreundliche Initiativen der Sozialdemo-
kraten

Von Hedwig Meermann MdB / Stoll, Vorsitzender
des Bundestagsausschusses für Städtebau und
Wohnungswesen und Mitglied des SPD-Fraktions-
standes

Seite 3 und 3a / 89 Zeilen

17. September - Tag der Heimat

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurück-
drehen

Von Almar Reitzner / Präsidialmitglied der
Seliger-Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemo-
kraten

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Ein bißchen zu durchsichtig und schüßig

Zu den "Dokumenten" des Hamburger "V-Kanones"

Seite 6 und 7 / 73 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Bundestag muß reformiert werden (II)

Die Glaubwürdigkeit des Parlaments steht auf
dem Spiel

Von Bruno Friedrich /Vorsitzender des SPD-
Bezirks Franken

Seite 8 und 9 / 86 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

-----Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heumarktee 2-10
Postfach: 120 409
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 33
Telefax: 686 840 / 686 847
686 848 PPP D

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Entwicklungshilfe taugt nicht zu Repressalien

Ein klärendes Wort zu aktuellen Vorgängen

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach den Terroranschlägen von München ist vielen Menschen - auch einigen Politikern - die Ohnmacht unserer komplizierten Zivilisation gegenüber krimineller Gewalt deutlich geworden.

Die Empörung über die Länder, denen man es zutraut, das Treiben der Terroristen zu unterbinden, die dies aber nicht tun, die den Terror vielleicht heimlich oder gar offen begrüßen, diese Empörung ist gerade aus der Ohnmacht heraus verständlich. Und begreiflich ist auch, daß nach Mitteln und Wegen gesucht wird, in irgendeiner Weise Druck auszuüben auf die Mächte, die man hinter den Freischärlern vermutet.

Alzu leicht fällt einem die Entwicklungshilfe ein, wenn in den Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten Schwierigkeiten auftreten. Man meint, der Abbruch aller entwicklungspolitischen Beziehungen würde die Verantwortlichen zur Reue bringen können.

Wie kompliziert die Dinge gerade bei den arabischen Staaten liegen, zeigt ein kurzer Blick auf die Statistik unserer Entwicklungshilfe:

- Diejenigen Staaten, in denen man den Schwerpunkt der Unterstützung von palästinensischen Terroristen vermutet, nämlich Syrien und Irak, erhalten keine Entwicklungshilfe; alles, was an entwicklungspolitischen Beziehungen vor etwa zehn Jahren begann, wurde abgebrochen, als diese beiden Länder zusammen mit anderen arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu uns einstellten.

- Ebenso erhält Ägypten seit 1965 keine Kredithilfe mehr; im Augenblick unterhalten wir dort praktisch nur noch eine

Technische Schule, die bald übergeben wird.

- Für den Sudan und Libanon läuft die deutsche Entwicklungshilfe - in geringem Umfang - in diesem Jahr gerade wieder an; ihre erneute Einstellung würde niemandem nützen.

- Libyen erhält ohnehin keine Hilfe, denn das Ölland braucht sie nicht.

Die Schwerpunkte unserer bisherigen Entwicklungshilfe für die arabische Welt liegen in Tunesien und Marokko. Diese beiden Staaten haben nicht nur die diplomatischen Beziehungen zu unserem Lande die ganze Zeit aufrecht erhalten, man hört dort aus offiziellen Munde Worte der Verurteilung des Münchner Anschlags. Auch Algeriens Staatspräsident Boumedienne, mit dessen Regierung wir über neue entwicklungspolitische Zusammenarbeit sprechen, hat die Tat der Terroristen auf eine erfreulich deutliche Weise verurteilt.

Der Abbruch der Entwicklungshilfe an arabische Staaten würde also vor allem die Länder treffen, an die es wenigstens gedacht wird, wenn von Terrorakten die Rede ist.

Sicherlich sind in den Augen der Bevölkerung unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten durch die Vorfälle von München belastet. Ich habe einigen arabischen Botschaftern vor kurzem deutlich gemacht, wie nötig eine klare Distanzierung von den Verbrechen von München sei, wenn unsere Beziehungen nicht leiden sollten. Die Botschafter haben das sehr wohl verstanden. Eine Erklärung wurde formuliert, die sich von den Terroristen distanzieren. Die Araber müssen verstehen, daß es Grenzen gibt, die uns unsere Selbstachtung setzt; daß wir jede Form der Gewalt ablehnen.

Wir Deutsche müssen verstehen, daß Entwicklungshilfe nicht zu Repressalien taugt, und lernen, bei gestörten Beziehungen nicht sofort einen Entwicklungshilfe-Stop als letzte Notbremse und einzigen Ausweg zu mißbrauchen. (-/ee/fh/14.9.1972/ks)

Willy Brandt kämpft für Europa

Die Bedeutung der EWG-Kundgebung in Oslo

Der Blitzbesuch Willy Brandts in Norwegen ist von hochpolitischer Bedeutung. Am 24. und 25. September werden die Norweger an die Urnen gehen, um in einer Volksabstimmung ihr Ja- oder Nein-Votum zum Eintritt ihres Staates in die Europäische Gemeinschaft abzugeben. Eine nüchterne Beurteilung des Ausgangs dieses Volksvotums, das für die Abstimmung im norwegischen Parlament von wegweisender Bedeutung ist und das auch die Entscheidungen in Dänemark wesentlich beeinflussen wird, läßt erkennen, daß man jedenfalls sehr vorsichtig mit seinen Voraussagen sein muß. Die sozialdemokratische Regierung in Oslo, die sich für den Eintritt in die EWG ausgesprochen hat, war in den letzten Wochen und Monaten eifrigst bemüht, die Auswirkungen der Anti-Haltung der Vorgängerregierung unter Per Borten aufzufangen und die Negativkritik in großen Teilen der Bevölkerung zu widerlegen. Wie weit das gelungen ist, das wird man am Abend des 25. Septembers erfahren.

Der Bundeskanzler weiß, was auf dem Spiele steht, wenn er an der Seite seines sozialdemokratischen Freundes, des norwegischen Ministerpräsidenten Trygve Bratteli, in der Osloer Kundgebung der Bewegung "Ja zur EWG" spricht. Willy Brandt, der in Norwegen nicht nur als Friedensnobelpreisträger hochangesehen ist, wirft sein ganzes politisches Gewicht und seine persönliche Dr. Luf in die Waagschale. Sein Einsatz für Europa, für die Ausweitung und Verstärkung der Europäischen Gemeinschaft ist entschlossen. Er geht an die Europa-Front, um für Europa zu streiten, wo andere, vor allem seine Kritiker in der Bundesrepublik es beim Reden belassen

Wo bleiben die Wortführer der Opposition, die sonst nichts anderes können, als den Sozialdemokraten zu unterstellen, sie täten zu wenig für Europa, ja sie vernachlässigten Europa und die Europäische Gemeinschaft zugunsten der Ostpolitik? Während es um das Schicksal Europas geht und Brandt seinen Mann stellt, haben die Oppositions-Wortführer nichts anderes im Sinn, als den innenpolitischen Streit in der Bundesrepublik zu schüren und auf Deibelkommaus parteipolitische Wahlagitation zu treiben. Diesen Tatbestand sollte und darf niemand vergessen, wenn es um die Beurteilung des Fazits gehen wird: um das Fazit in Oslo, in Kopenhagen und in Bonn.

(ee/ee/14.9.1972/hgy)

Wegbereitung zum Wohnvermögen

Sozialfreundliche Initiativen der Sozialdemokraten

Von Hedwig Meermann MdB

Stellv. Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Städtebau
und Wohnungswesen und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Das Bundeskabinett setzte mit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes "Zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau" am Schluß der Legislaturperiode noch einmal einen starken wohnungspolitischen Akzent. Das entspricht einer Politik, die der Wohnung, dem Lebenszentrum der meisten Menschen, einen hohen Rang einräumt. Es führt ein gerader Weg vom Städtebauförderungsgesetz, das die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für einen modernen Städtebau legt, über das Mietspiegelgesetz und das neue Mietrecht, die die Wohnung wirtschaftlich und rechtlich sichern, über das langfristige Wohnungsbauprogramm für ein verstärktes Angebot an Wohnungen zu erschwinglichen Preisen bis hin zur Eröffnung neuer Wege zum Erwerb von Wohnvermögen für die Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen.

"Vermögensbildung auf breiter Grundlage": Das ist für die sozialliberale Koalition kein Slogan, sondern ein Ziel, für dessen Verwirklichung sie Schritt für Schritt die gesetzlichen Voraussetzungen schafft. Erinnern wir uns! Eines der ersten wichtigen Gesetzeswerke in dieser Legislaturperiode war die Reform der Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Das darauf entstandene äußerst attraktive 624-DM-Gesetz ging in viele Tarifverträge ein. Heute sparen 15,1 Millionen Arbeitnehmer danach. Man geht es darum, ihnen und auch solchen Bürgern, die andere Sparformen gewählt haben, sinnvolle Anlagemöglichkeiten zu bieten.

Viele von ihnen haben den Wunsch, zu Wohnvermögen zu kommen. Aber der Weg dazu ist ihnen versperrt, weil sie über das erforderliche Eigenkapital nicht oder noch nicht verfügen. Soweit ihr Einkommen sich innerhalb der für den sozialen Wohnungsbau gesetzten Grenzen bewegt, sollen sie nach der Vorstellung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien das Eigenkapital nachsparen können. In der Praxis heißt das: Sie können in ihre Wohnung einziehen und morgen auf die Baukosten von heute sparen. Dabei werden sie für eine 80 bis 90 qm große Wohnung zehn bis zwölf Jahre hindurch neben der Miete eine monatliche Belastung von 50 bis 60 DM aufbringen müssen. Die exakte Höhe wird natürlich auch von der Anlageform abhängen. Zur Auswahl stehen: Der Erwerb eines unbefristeten und unkündbaren Dauerwohnrechts in einer sogenannten Wohnbesitzwohnung über geschlossene Immobilienfonds, sowie gleichwertig dazu eine bevorzugte Förderung der Kaufeigentumswohnung, die dem Bewerber nach Zahlung der erforderlichen Eigenleistung das volle Eigentum vermittelt. In beiden Fällen erhält er alle Vergünstigungen, die bisher dem

Bauherrn zuteil wurden, d.h. sowohl die Steuervorteile als auch den Entschuldungsgewinn. Eine Einschränkung muß er sich allerdings gefallen lassen: Wenn er die Wohnbesitzwohnung verkaufen will, sind bestimmte Preisgrenzen gesetzt.

Auswüchse, wie sie sich unter den von CDU-Regierungen zu verantwortenden Gesetzen entwickeln konnten, werden hier von vornherein unmöglich gemacht: Daß nämlich Erbauer von Sozialwohnungen diese nach Wegfall der Bindungsfristen entweder zu Spekulationspreisen verkaufen oder so teuer vermieten, daß sie für den Personenkreis, für den sie ursprünglich gedacht waren, kaum mehr in Frage kommen. Offenbar ist der CDU/CSU der Gedanke eines spekulationsfreien Wohnungseigentums auch heute noch zutiefst unsympathisch. Als die Vorstellungen von Städtebauminister Dr. Lauritz Lauritzen bekannt wurden, brachte die Opposition flugs einen eigenen Gesetzentwurf ein, der vorsieht, daß die danach gebauten Wohnungen nach zehn Jahren höchstens tend verkauft werden können. Alles wie gehabt: Der Ersterwerbber macht sein Geschäft und die anderen können sehen, wie sie zu preiswerten Wohnungen kommen.

Gesetze über den sozialen Wohnungsbau müssen so sorgfältig konzipiert sein, daß sie keine Handhabe zur Verletzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geben. So ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Wohnungseigentum und Wohnbesitz zweifellos, denn auch in allen seinen Bestimmungen nicht nur ausgesprochen sozialfreundlich, sondern auch dem modernen Städtebau zugewandt. Das Streben nach Grundstückseigentum einzelner verträgt sich ja einmal in den Städten nicht immer mit den berechtigten Ansprüchen, die die übrigen Bürger an ihre soziale Umgebung stellen.

Deshalb werden hierbausparende Wohnformen gefördert, die ein gesichertes, vom Vermieter unabhängiges Wohnen auch in den Kernzonen der Städte ermöglichen. Sie werden ganz sicher keine besondere Bedeutung für die Neubebauung von Sonderungsgebieten erlangen. Manche dort ansässigen Eigentümer mit kleinen Einkommen und Grundstücken und manche Mieter werden sich mit Hilfe des neuen Gesetzes leichter an der Neubebauung beteiligen können.

In dieser Legislaturperiode wird der Gesetzentwurf über Wohnungseigentum und Wohnbesitz leider nicht mehr verabschiedet werden können. Er war übrigens auch in der Regierungserklärung von 1969 nicht angekündigt, weil man kaum damit rechnen konnte, daß das übrige, sehr umfangreiche wohnungspolitische Programm so schnell durchgesetzt wurde.

Nun werden Sozialdemokraten und Freie Demokraten im neuen Bundestag für eine schnelle Verabschiedung sorgen. Daß die dazwischen liegenden Monate ungenützt verstreichen könnten, befürchte ich nicht. Die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft und private Anleger, die sich dem sozialen Wohnungsbau verpflichtet fühlen, werden sie ganz sicher zu Überlegungen nutzen, auf welche Weise und in welchem Umfang sie die neuen Modelle zur Erlangung von Wohnvermögen am besten verwirklichen können.

(-/th/14.9.1972/bgy)

17. September - Tag der Heimat

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen

Von Almar Reitzner

Präsidialmitglied der Soliger-
Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten

Der "Tag der Heimat" findet in diesem Jahr am 17. September statt. Welche Bedeutung kommt ihm heute, ein Vierteljahrhundert nach der Vertreibung von vielen Millionen Menschen zu? Aus gegebenem Anlaß erscheint es notwendig, Sinn und Zweck dieses Tages noch einmal zu beleuchten.

Die Geschichte Europas liest sich zuweilen wie eine Anbahnung von Unrechtstatten und Gewaltakten. Auch die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, schreckliche Folge des vom NS-Regimes freivolhaft entfesselten Zweiten Weltkrieges, war ein Unrecht gigantischen Ausmaßes, das durch seinen Kollektivcharakter und seine unmenschliche Art der Durchführung in besonders negativer Weise herausragt. Bei der Bearbeitung des nun schon ein Vierteljahrhundert alten Vertreibenenproblems wird dabei einer Faktor kaum oder zu wenig Beachtung geschenkt, dem überragende Bedeutung zukommt.

Die Massenvertreibung hat die Betroffenen nicht nur um Haus, Hof und Heimat gebracht und ihnen unerträgliches Leid zugefügt, sondern vor allem auch das Rechtsbewußtsein von Millionen Menschen auf das tiefste verletzt. Materielle Werte lassen sich ersetzen und hierzulande ist mit der Lastenausgleichsgesetzgebung der Versuch unternommen worden, auf diesem Gebiet einiges gutzumachen.

Viel schwerer wiegt indessen der Verlust der Heimat. Hier haben wir es allerdings mit einem althergebrachten Begriff zu tun, dem im letzten Drittel unseres Jahrhunderts recht verschiedenartige Deutungen gegeben werden. Unter derartigen Gesichtspunkten muß auch das "Recht auf Heimat" gesehen werden. Mit diesem Thema habe sich bereits im Jahre 1958 eine Tagung in Königstein/Ts. befaßt. Damals wurde "Heimat" als ein Phänomen charakterisiert, das inner-

halb des menschlichen Geistes stationiert ist und sich nur scheinbar mit der Vorstellung eines geographischen Begriffes verbindet. Für das wandelbare Heimatbewußtsein legen nicht zuletzt die jungen Vertriebenen in Waldkraiburg, Neugablonz, Trauerort und anderen Orten bereites Zeugnis ab.

Aus all dem und natürlich auch aufgrund der Wirklichkeit von heute ergibt sich die zwingende Logik, daß die Wiedergewinnung der alten Heimat nicht das politische Nahziel der engagierten Heimatvertriebenen sein kann. Jedermann kann sich ausrechnen, daß es für die gegenwärtig hierzulande und anderswo lebenden deutschen Vertriebenen eine Rückkehr in ihre Heimat nicht geben wird. Für diese Menschen läßt sich das Rad der Geschichte ebensowenig zurückdrehen wie für die noch weitaus härter und unerbittlicher getroffenen Opfer der nazistischen Rassenpolitik.

Daran wird indessen bereits deutlich, daß man die Weltgeschichte - Vergangenheit und Gegenwart - nicht ausschließlich im Rückspiegel des am eigenen Leib erlittenen Unrechts betrachten kann. Die Verzahnung schrecklicher Ereignisse stellt auch das Vertriebenenproblem in einen größeren Rahmen. Isolierte Lösungen sind nicht mehr denkbar. So bleibt als Fazit dieser Betrachtung die Feststellung, daß am "Tag der Heimat" nicht zackige Reden, sondern die Überlegung am Platze wäre, wie das Vertreibungsereignis in die politische und geistige Bewußtseinsbildung aller Menschen Eingang finden könnte. Wie das Beispiel Uganda beweist und verschiedene Äußerungen zum Nordirlandproblem befürchten lassen, findet das ungesühnte Verbrechen der Vertreibung Nachahmer. Es wäre daher eine vornehme und dankbare Aufgabe für alle, an dem Aufbau eines Europas mitzuwirken, in dem es weder Verfolgungen noch nationale und soziale Diskriminierungen sowie Vertreibungen geben wird.

(-/Sh/14.9.1972/ks)

+ + +

Ein bißchen zu durchsichtig und schäbig

Zu den "Dokumenten" des Hamburger "V-Mannes"

Wer Geschichte studiert oder sich mit Zeitgeschichte befaßt hat, weiß, daß der Wert eines Dokumentes davon abhängt, von wem es stammt, warum es verfaßt wurde und in welchem Gesamtzusammenhang es steht oder stand. Mit der Verschleierung dieser Wertmaßstäbe bei der Publizierung von Dokumenten beginnt die Manipulation. Die Briefe in Sachen "Spitzelaufträge" des Bundesnachrichtendienstes an einen Hamburger "V-Mann" sind ein Musterbeispiel für diese Art Manipulation und ein Schulenkampal für unredlichen politischen Kampf mit unredlichen Mitteln. Die Sache bewegt sich auf der Ebene der Denunziation des entlassenen Diensträdchens, das Rache an seiner ehemaligen Herrschaft nehmen möchte.

Wie wir als sicher und ohne allzu große Schwierigkeit erfahren konnten, befand sich der Hamburger "freie Mitarbeiter" seit Anfang 1970 im Zustand des "Abgehängtwerdens". Er wurde noch eine gewisse Zeit honoriert und in dieser Zeit mit untergeordneten Aufträgen betraut, die keinen nachrichtendienstlichen Einsatz mehr bedeuteten. Die Aufträge erteilte das Pressereferat. Auftraggeber war eine Angestellte, deren Geschäft die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesnachrichtendienstes ist. Ein offenes und legitimes Geschäft, ohne geheimdienstliche Akzente. Die Korrespondenz mit den ehemaligen Hamburger Journalisten erfolgte denn auch offen: Kein Geheimhaltungsvermerk macht sie zu einem Geheimnis. Die Briefe - Kopf "Pressereferat" - waren noch nicht einmal als "Vertraulich" gekennzeichnet. Wer ihren Gesamtinhalt liest, wird das begreifbar finden.

Was da dem auslaufenden "V-Mann" aufgetragen wurde, war Beschäftigungstherapie, Arbeitseinsatz, der nichts als ein wenig Lesefleiß erforderte. Oder wollte jemand behaupten, daß man, was die Angestellte des Pressereferates da entforderte, nicht auch mit ein bißchen eigener Mühe aus zahlreichen offenen Publikationen und Fachzeitschriften in Pullach hätte ausfiltern können, um es

in die Kartei zu übertragen?

Um eine Übersicht über alle Bauer- und Springer-Publikationen zu bekommen, braucht man keinen James Bond; und um die Teilkopierschaften des Bauerverlages oder des Hauses Springer festzustellen, muß man nur die veröffentlichten Bilanzen und Jahresberichte studieren. Und um gar den "neuen Trend bei 'Bild'" festzustellen, braucht man nichts anderes zu tun, als regelmäßig "Bild" zu lesen. Wer diese vom Pullacher Pressereferat erteilten Treibstoffträge als Agententätigkeit bezeichnet, muß eine merkwürdige Auffassung von der Geheimdienstarbeit haben.

Der "V-Mann" wußte übrigens um die Art seiner Beschäftigung; es wurde ihm sogar ausdrücklich geschrieben, freilich nicht mit veröffentlicht. Aber in dem so hochgejubelten Briefdokument vom 5. März 1972 steht es: "Bitte machen Sie sich mit Dingen, die außerhalb der Thematik Presse und Wirtschaftsdienste liegen, keine Mühe für uns". Deutlicher konnte man dem auf dem Abschiedsgleis stehenden Veteran ja wohl nicht sagen: "Lassen Sie die Pflanz von unserem eigentlichen Geschäft, lesen Sie Zeitung!"

Daß der Hamburger "Freie Mitarbeiter" dann nach endgültiger Trennung vom Dienst - mit gebührender Abfindung und Altersversorgung - einem CDU-Abgeordneten direkt oder indirekt seine Korrespondenz mit dem Pressereferat zugänglich machte, damit dem Dienst auftragswidrige Tätigkeit angehängt werden könnte, ist ebenso anrüchlich wie die Verwendung dieser Platzpatronen durch die CDU-Politiker, die im Vertrauensmännergespräch des Bundestages sitzen. Wenn das alles ist, was die CDU dem Bundesnachrichtendienst als Einmischung in die Innenpolitik vorwerfen hat, muß man sich über das kurze Gedächtnis der Opposition wundern, die offenbar ihre eigene Regierungszeit vergessen hat. Man fragt sich, was das ganze soll. Dann daß der Kanzleramts-Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke nicht der Angestellten des Pressereferates von Pullach die Briefe diktiert, dürfte ja wohl einleuchtend sein. Bisher schlug man Wessol und meinte Ehmke - jetzt spielt man's umgekehrt.

Will man den wegen seiner Überparteilichkeit, Objektivität und ständigen Versuche, den Bundesnachrichtendienst nicht in das Gerangel der Parteien geraten zu lassen, bekannten und wohl auch insofern unbegonnen Präsidenten zur Rücktritt veranlassen? Damit nach der Wahl vielleicht ein Parteimann in Pullach einziehen kann? Ein bißchen zu durchsichtig dieses Spiel - und ein bißchen schäbig, von allen Beteiligten. KGB und MfS werden ihre Freude daran haben.

(-/cc/14.9.1972/25)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Bundestag muß reformiert werden (II)

Die Glaubwürdigkeit des Parlaments steht auf dem Spiel

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Die SPD ist aber auch, will sie eine handlungsfähige Mitgliederpartei bleiben, eine Partei, die von der Opferbereitschaft der Menschen lebt, die sich zu ihr bekennen, die z.B. in diesem Jahr den Rentnern unter ihren Mitgliedern zusetzt, ihren Beitrag von einer Mark auf drei Mark monatlich zu erhöhen. Nach wie vor zieht die SPD ihre politische Kraft zuerst aus dem politisch-moralischen Engagement ihrer Mitglieder. Diese Kraft wird dahinschmelzen, wenn das Vertrauensverhältnis von Mitgliedern und Abgeordneten zerstört wird dadurch, daß von den Mitgliedern ins Parlament entsandte Mandatsträger vierstelligen Beraterhonorare beziehen. Deshalb kann die SPD auch nicht warten, bis sich alle Parteien gemeinsam zur Lösung dieses Problems bequemen. Die SPD muß sofort handeln, auch im Interesse der Abgeordneten und Kandidaten, die grundlos dem gegenüber Parlamentariern wachsenden Mißtrauen ausgesetzt sind.

Ein "Ehrenkodex" ist keine Lösung

Es hat verschiedene Vorschläge gegeben, das Problem anzugehen. So war von einem "Ehrenkodex", von einer "Übereinkunft für ein gemeinsames Vorgehen" die Rede. Die Wirksamkeit, auch die Verhältnismäßigkeit der mit diesen Vorschlägen angedeuteten Mittel muß nach den gemachten Erfahrungen bezweifelt werden. Ich halte diese Vorschläge für unrealistisch, zeitfern und wenig überzeugend. Bereits vor 120 Jahren, um 1850, hat Schopenhauer die Schale der Verachtung und des Spottes über jene ausgegossen, die meinten, mit einem Ehrenkodex die Ordnung der öffentlichen Dinge herstellen zu können: "Demnach mögen andere infolge unseres Lebenswandels eine noch so schlechte Meinung von uns hegen, uns noch so sehr verachten; solange nur keiner sich untersteht, solches laut zu äußern, schadet es der Ehre durchaus nicht".

Das demokratisch gewählte Parlament einer Republik sollte im Jahre 1972 um seiner eigenen Glaubwürdigkeit willen nicht versuchen, sich mit zweideutigen Ehrbegriffen einer überlebten bürgerlichen Gesellschaft um fällige Entscheidungen herumzuzogeln. Was wäre dies für ein Parlament, das die Angelegenheiten von 60 Millionen Menschen mit Gesetzen, seine eigenen aber nur durch einen Ehrenkodex regelt. Zu viel Bescheidenheit. Für den Bürger die Gesetze, für den Abgeordneten die Ehre: In welchem Jahrhundert leben wir?

Der Bundestag darf sich nicht vom Prinzip entfernen, seine Normen so zu regeln, wie sie für alle Bürger unseres Staates ge-

regelt werden: durch Gesetz.

Die verdrängte Parlamentsreform

Die Reformer der letzten Jahre haben viele Gesellschaftsbe-
reiche erfaßt, das Parlament hat sich selbst von Reformen so gut
wie ausgeschlossen. War von Parlamentsreform die Rede, dann weist
mit dem Hinweis darauf, daß die Funktion des Parlaments in seiner
Stellung zur Regierung sich verändert hat. Unbestritten auch, daß
die Stellung des Parlaments bei der Erörterung von Sachfragen immer
schwächer geworden ist. Bei der Gesetzgebung wird das Parlament
häufiger vom Regierungsapparat programmiert als umgekehrt. Der
Abgeordnete ist weder in der Lage, seinen großen Wahlkreis zu be-
arbeiten, denn dazu fehlen ihm die Hilfsmittel, noch ist er in Sach-
fragen der Regierungsbürokratie gewachsen.

So gut wie nicht beachtet wurden bisher die Abhängigkeiten
des Abgeordneten von einflussreichen Gruppen der Gesellschaft. Wir
leben mit einem Bild des Parlamentariers, das sich vom englischen
Vorbild des 18. und 19. Jahrhunderts nur wenig unterscheidet. In
Wirklichkeit hat die Entwicklung unserer Gesellschaft auch zu
einer Krise des Parlamentarismus geführt. Man mag es für unklug
halten, dies auszusprechen, schlimmer, gefährlicher wäre es, darüber
zu schweigen. Immer größer wird die Gefahr, daß die überlieferte
Unabhängigkeit des Abgeordneten dem Einfluß starker Einzelinteres-
sen unterworfen wird.

Deshalb ist die Reform des parlamentarischen Systems eine der
drängendsten Aufgaben unserer demokratisch organisierten Gesell-
schaft. Daß wir es heute im Zusammenleben der Menschen mit Wertver-
schiebungen zu tun haben, hat sich herumgesprochen. Daraus ergibt
sich, daß wir für unsere Gemeinschaft neue Werthaltungen, d.h.
eine für unsere Zeit glaubwürdige Moral brauchen. Wer den Anspruch
erhebt, seinen Mitbürgern durch Gesetze neue Normen des mensch-
lichen Zusammenlebens zu bestimmen, muß sich mit anderen Maßstäben
messen lassen als jene, die aus den Chancen einer sich hektisch ver-
ändernden Welt hemmungslosen Gewinn erzielen.

Die moralische Integrität des Bundestages darf nicht dem Spiel
von "Angebot und Nachfrage" finanzstarker Gruppen überlassen werden,
die auf menschliche Schwächen spekulieren und damit Geschäfte zum
Schaden der Allgemeinheit betreiben.

Wenn der Wähler das Gefühl hat, daß Abgeordnete nicht nur
eine Eintrittskarte für einen der Öffentlichkeit verschlossenen Raum
sind, in dem finanzielle Selbstbedienung erlaubt ist und nur be-
grenzt wird von der moralischen Hemmschwelle des Einzelnen, die in
unserer Gesellschaft des unbegrenzten Egoismus doch sehr niedrig
angesetzt werden muß, dann ist das Parlament in Gefahr. Ein Parla-
ment lebt vom Ansehen, von der Glaubwürdigkeit der Gewählten. Vor
einer grundsätzlichen Reform des Parlaments, bei der es um die Er-
haltung seiner Funktionsfähigkeit geht, sollten ohne Aufschub alle
notwendigen Schritte eingeleitet werden, um die Unabhängigkeit und
die moralische Glaubwürdigkeit des Bundestages wiederherzustellen.

(Dritte und letzte Fortsetzung folgt am 13. September 1972)